

Protokoll Nr. 25 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag: 19.06.2025 Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr Sitzungsende: 21:43 Uhr Sitzungsort:
Bürgerhaus Hemelingen
Godehardstraße 4
Sitzungssaal (großer Anbau)

Anwesend:

Vom Ortsamt

Jörn Hermening
Marc Liedtke

Vom Beirat

Kerstin Biegemann
Ralf Bohr
Jens Dennhardt
Hans-Peter Hölscher
Heinz Hoffhenke
Uwe Jahn
Yunas Kaya
Dr. Christian Kornek
Elisabeth Laß
Waltraut Otten
Sebastian Springer
Ingo Tebje
Christa Wilke
Reinhard Zwilling

Referent: innen / Gäste

Anne Higgen (ASB – Arbeiter Samariter Bund)
Dr. Petra Kodré (Senatorin für Soziales)
Kai Bogner (Grünes Dorf)
Petra Putzer (Amt für soziale Dienste)
Monika Duncan (Sportamt)
Henning Schnaars (Immobilien Bremen)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

TOP 1: Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 03.04.2025 und 08.05.2025 sowie Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Zukunft des Cafés im Kaufhaus Hemelingen

dazu eingeladen: Vertreter:innen des ASB

TOP 4: Verlängerung Übergangwohnheim Grünes Dorf Arbergen

dazu eingeladen: Dr. Petra Kodré von der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

TOP 5: Zusammenlegung Sozialzentren

dazu eingeladen Dr. Petra Kodré von der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

TOP 5: Aktueller Sachstand Jugendhaus Hemelingen

dazu eingeladen Petra Putzer, Amt für soziale Dienste

TOP 7: Bezirkssportanlage

dazu eingeladen Sportamt, Immobilien Bremen

TOP 8: Beiratsverschiedenes

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung. Da zu dem mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Fachausschussmitgliedern keine Änderungs-/Ergänzungswünsche geäußert werden, gilt dieser als beschlossen.

Schweigeminute für die Opfer in Tamra (arabische Stadt im Nordbezirk Israels).

TOP 1: Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 03.04.2025 und 08.05.2025 sowie Rückmeldungen

Die Protokolle der Sitzungen vom 03.04.2025 und 08.05.2025 werden genehmigt.

Rückmeldungen auf BeiratsbeschlüsseBeschluss Essenversorgung in KITAS:

Jörn Hermening fasst die Antwort der Senatorin für Kinder und Bildung vom 14.05.2025 (Anlage 1) zusammen:

Der Träger entscheidet selbst, ob er Vollküchen in seinen Einrichtungen unterhält oder eine andere Küchenstruktur wählt. Bei den Zuschüssen gibt es keine Unterschiede zwischen den Trägern in der Höhe der Finanzierung. Der Beirat ruft das Thema in einer Sitzung wieder auf.

Feuerwerk – Beschluss des Beirates Hemelingen:

Jörn Hermening fasst die Antwort der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz vom 12.05.2025 zusammen. Sie schließen sich dem Senator für Inneres und Sport an. (Anlage 2)

Überholverbot Einspurfahrzeuge Ahlringstraße

Das Ortsamt hat beim Amt für Straßen und Verkehr nachgefragt. Es gibt noch Erläuterungsbedarf. Die Antwort wird nachgereicht.

Rückmeldungen auf Anliegen von Bürger:innenBaumnachpflanzung Westerholzstraße:

Es gibt noch keinen neuen Sachstand.

Verkehrsprobleme Bennigsenstraße

Der Beirat hat in seiner letzten Sitzung den Beschluss gefasst, das Thema in der kommenden Sitzung des Fachausschusses für Stadtteilentwicklung, Umwelt, Mobilität zu behandeln.

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Yunas Kaya berichtete, dass er von einer Bürgerin auf die Problematik des sogenannten „Mülltourismus“ in der Hemelinger Marsch aufmerksam gemacht wurde. Die Zuständigkeiten für diesen Bereich seien derzeit nicht eindeutig geklärt. Die betreffende Petition erfährt Unterstützung durch die Kommunalpolitische Arbeitsgemeinschaft Arbergen (KAG). Gleichwohl besteht das Problem weiterhin fort – so seien dort unter anderem sogar Asbestplatten illegal entsorgt worden. Die Bürgerin regte als mögliche Gegenmaßnahmen die Errichtung von Schranken an den Zufahrtswegen sowie eine Videoüberwachung der einfahrenden Fahrzeuge an.

Jörn Hermening ergänzte, dass dieses Thema bereits in der Bürgermeistersprechstunde vor etwa zwei Wochen zur Sprache gekommen sei. Der Petitionsausschuss werde sich der Angelegenheit annehmen.

Ein Bürger hat drei Anliegen:

1. Ahrlingstraße: Wann wird die Fahrradstraße dort umgesetzt? In der Straße Alter Postweg gibt es auch noch Lücken in der Fahrradstraße. Vor einem Jahr wollte das Ortsamt beim Amt für Straßen und Verkehr diesbezüglich nachfragen.
2. Die Antwort des Amtes für Straßen und Verkehr bezüglich des Überholverbots in der Straße Alter Postweg ist aus seiner Sicht falsch. In einer Fahrradstraße sei ein Überholen sehr wohl möglich.
3. Seit Kurzem gibt es ein neues Mitsing-Format in der Evangelischen Kirche in der Westerholzstraße. Das Verkehrsaufkommen während der Veranstaltung ist übermäßig erhöht. Sogar ein illegales Parkverhalten sei zu beobachten gewesen. Er bittet das Ortsamt die Veranstalterin darauf zu drängen, ein entsprechendes Verkehrskonzept vorzulegen.

Jörn Hermening antwortet auf die Anliegen wie folgt:

Zu 1: Die Fahrradstraße ist angeordnet worden. Der Zeitpunkt der Umsetzung kann nicht vom Amt für Straßen und Verkehr beeinflusst werden, sondern liegt in den Händen der umzusetzenden Firma.

Zu 2: Das wird fachlich vom Amt für Straßen und Verkehr beurteilt.

Zu 3: Die Anwohner können die Pastorin auch direkt ansprechen. Das Ortsamt wird sich ebenfalls an die Kirche als Vermieterin wenden.

Sebastian Springer berichtet, dass ein Bürgeranliegen an ihn herangetragen wurde. In der Straße Auf der Hohwisch bis zur Bennigsenstraße staut sich der Verkehr in letzter Zeit so stark, dass kein Durchkommen mehr ist. Der Zustand ist nicht tragbar.

Ingo Tebje ergänzt, dass nicht einmal der ÖPNV gut durchkommt und dieser müsse auf alle Fälle freie Fahrt haben.

Jörn Hermening berichtet, dass es zu diesem Thema viele Beschwerden im Ortsamt gibt. Es werden auch viele Rotverstöße gemeldet.

Jens Dennhardt ist von einem Bürger angesprochen worden, dass im Park in der Sandhofstraße E-Scooter durchfahren, was sehr gefährlich ist. Vielleicht kann man da etwas machen und die Scooter zum innehalten zwingen? Er schlägt vor, sich das Thema im Mobilitätsausschuss anzugucken.

Jörn Hermening schlägt vor, das Thema auch mit der Polizei zu besprechen.

Eine Bürgerin beschwert sich ebenfalls über E-Scooter die in der Nähe der Wilhelm-Olbers-Schule in der Drebbberstraße auf dem Fußweg fahren.

Jörn Hermening antwortet, dass das Fahren auf dem Fußweg grundsätzlich nicht gestattet ist, gibt aber zu bedenken, dass es keinen Fahrradweg gibt, daher sollten Fahrradfahrer wie auch E-Scooter-Fahrer auf der Straße fahren.

TOP 3: Zukunft des Cafés im Kaufhaus Hemelingen

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Anne Higgen vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) eingeladen und berichtet über die aktuelle Situation und die Zukunftsperspektiven des im Kaufhaus Hemelingen angesiedelten Café Werner. Das Café hat sich zu einem wichtigen sozialen Treffpunkt im Stadtteil Hemelingen entwickelt. Es verfolgt das Ziel, langzeitarbeitslosen Menschen sowie Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen eine stufenweise Heranführung an den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Gleichzeitig bietet es Bürger:innen eine Möglichkeit zum sozialen Austausch in angenehmer Atmosphäre.

Anne Higgen teilt mit, dass die wirtschaftliche Lage derzeit äußerst angespannt ist. Hintergrund sind erhebliche Kürzungen bei arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen – sowohl auf Ebene der Jobcenter als auch bei europäischen Förderinstrumenten. Diese Mittel waren bislang essenziell für die Finanzierung des notwendigen Personals im Café.

Trotz dieser widrigen Umstände soll der Betrieb des Cafés bis Ende des Jahres aufrechterhalten werden. Eine weiterführende Perspektive über diesen Zeitraum hinaus ist aktuell ungewiss. Anne Higgen weist darauf hin, dass der Mietvertrag bis zum Jahr 2026 läuft, der ASB jedoch alle Optionen prüft. Neben dem ASB sind auch die Innere Mission und die Gröpelinger Recyclinginitiative (GRI) als Trägerinstitutionen des Kaufhauses eingebunden. Das Kaufhaus bietet neben dem Café auch den Verkauf von Second-Hand-Waren und Möbeln an.

Ralf Bohr hebt hervor, wie intensiv über Jahre hinweg für die Einrichtung des Hauses gekämpft worden sei.

Sebastian Springer erkundigte sich, ob auch das Kaufhaus selbst gefährdet sei, was von Anne Higgen bejaht wird.

Dr. Christian Kornek betont den arbeitsmarktpolitischen Charakter des Gesamtprojekts und hebt dessen Bedeutung für eine langfristige Beschäftigungsförderung hervor.

Anne Higgen macht deutlich, dass Sozialkaufhäuser grundsätzlich unter schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen agieren. Aufgrund rechtlicher Vorgaben darf es keine Wettbewerbsverzerrung gegenüber dem freien Markt geben. Diese Anforderung erschwert zusätzlich die wirtschaftliche Tragfähigkeit. Zudem sind die Umsätze insgesamt rückläufig.

Auch Ulrike Busse von der Inneren Mission bestätigt die wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge der reduzierten Fördermittel. Gleichwohl sprechen sich alle beteiligten Träger für den Erhalt des Projekts aus, auch wenn derzeit keine konkrete Zukunftskonstellation benannt werden kann. Eine mögliche Option wäre eine stärkere Übernahme des Möbelsegments durch die GRI, die in diesem Bereich über besondere Expertise verfügt.

Jens Dennhardt appelliert an alle Beteiligten, das bisherige Engagement nun auch für den Fortbestand des Projekts einzusetzen.

Jörn Hermening fasst zusammen, dass an diesem Abend noch keine Lösungen präsentiert werden kann. Die derzeitige Haushaltslage des Landes Bremen sowie die schwierigen Förderbedingungen auf Bundes- und EU-Ebene lassen keine baldige Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen erwarten.

TOP 4: Verlängerung Übergangwohnheim Grünes Dorf Arbergen

Jörn Hermening führt in die Thematik ein, es geht heute um den Bauantrag zur Verlängerung des Übergangwohnheims und zu diesem Thema wurden Dr. Petra Kodré von der Sozialbehörde und Kai Bogner, Leiter des Übergangwohnheims eingeladen. Im Vorfeld der Sitzung gab es einige Nachfragen aus dem Geschäftsführungsausschuss, die Kai Bogner wie folgt beantwortete:

- Im Übergangwohnheim leben derzeit 164 Bewohner (Stand Juni)
- Die Bewohner:innen setzen sich aus 18 Nationalitäten zusammen. Im Durchschnitt sind sie 20 Jahre alt. Es leben aber mittlerweile auch kränkere und ältere Menschen und Menschen mit Handicap dort. Die Altersspanne liegt von 0-89 Jahre.
- Die Mehrzahl der Bewohner:innen ist 2023 oder später eingezogen.
- Abhängig vom Wohnungsmarkt bleiben die Bewohner:innen im Durchschnitt zwei Jahre und kürzer dort.

Dr. Petra Kodré berichtet, dass die Behörde sehr viele Plätze braucht, weil sie immer noch sehr viele Notunterkünfte in Gebrauch haben. In der Überseestadt und auf dem Klinikumgelände im Hulsbergviertel stehen noch Leichtbauhallen und in den Landesunterkünften sind sehr viele Menschen untergebracht, die schon längst in einer eigenen Wohnung leben sollten. Insofern würden sie sich freuen, das Übergangwohnheim an dieser Stelle weiterführen zu können.

Auf Nachfragen aus dem Beirat antwortet Dr. Petra Kodré wie folgt:

- Zum Thema Verweildauer im Wohnheim: Die Behörde würde die Menschen gerne schneller in eigene Wohnungen unterbringen, aber diese stehen im Moment nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung, daher ist die Verweildauer von ca. 2 Jahren alternativlos.
- Ältere Menschen: Es gibt zunehmend ältere Personen in den Wohnheimen die einer Pflege bedürfen. Das ist im Einzelfall schwierig zu organisieren. Sie versuchen daher die Fälle an einem Standort zu bündeln. Eine ambulante Pflege ist schwierig zu organisieren, da es keine Hausarztanbindung gibt.

Monika Duncan vom Sportamt antwortet auf die Frage zu den benötigten Sporterweiterungsflächen, dass dringend Flächen benötigt werden, dafür aber keine Mittel zur Verfügung stehen. Für Hemelingen wurde eine Entscheidung getroffen und das Sportamt würde einer Verlängerung des Wohnheims nicht widersprechen. Es gibt auch noch eine Erweiterungsfläche hinter dem Übergangwohnheim, wenn also mal erweitert werden müsste, könnte man erst mal auf diese Wiese zurückgreifen.

Dr. Christian Kornek schlägt vor, auf der Sitzung einen Antrag zu stellen, der darauf hinwirkt, den Zeitraum zu verkürzen wie lange die Menschen im Übergangwohnheim bleiben.

Elisabeth Laß erkundigt sich nach der Möglichkeit einer Unterstützung bei der Wohnungssuche. Sie fragt, ob hierbei eine Priorisierung vorgesehen ist und ob es Mechanismen gibt, um die Menschen auch, wenn sie gerne bleiben würden, zum Auszug aus dem Wohnheim zu motivieren.

Dr. Petra Kodré antwortet, dass eine Kooperation mit der GEWOBA und der BreBau besteht. Sie bekommen immer ein gewisses Kontingent an Wohnungen, die dann über die Wohnungsvermittlungen an die Wohnraumberater weitergegeben werden. Das sind ungefähr 15 Wohnungen pro Monat. Manchmal kommt es auch vor, dass es gewisse Beharrungstendenzen gibt und die Menschen gerne im ÜWH wohnen bleiben wollen. Zum Druck sagt sie, dass es sehr faire Regeln gibt. Es geht nach dem Datum, wann jemand nach Bremen gekommen ist. Wer am längsten hier ist, steht oben auf der Liste. Und das wird dann nach Anzahl der Personen entschieden und den Bewohnenden transparent dargestellt. Wenn sie eine Wohnung ablehnen, dann wird man in der Liste zurückgestuft.

Uwe Jahn bittet darum in diesem Zusammenhang noch mal darüber nachzudenken, ob die CDU wirklich einen Änderungsantrag stellen will, weil hier aus seiner Sicht zwei Sachen miteinander vermischt werden, die nichts miteinander zu tun haben. Das eine ist das Übergangswohnheim mit seiner Verlängerung und das andere ist, entsprechenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Ralf Bohr regt an, zunächst über den Bauantrag abzustimmen und das Thema anschließend im Fachausschuss weitergehend zu erörtern.

Dr. Christian Kornek entgegnet, dass er dafür plädiert, zwei separate Anträge zu formulieren. Aus seiner Sicht sei es nicht erforderlich, das Thema an den Fachausschuss zu verweisen. Ziel sei es, dass der Beirat die Forderung erhebt, die Aufenthaltsdauer in den Übergangswohnheimen zu verkürzen.

Ingo Tebje vertritt die Auffassung, dass das Ziel darin bestehen sollte, die Aufenthaltsdauer von Personen in den Übergangswohnheimen zu verkürzen. Daran bestehe kein Zweifel, und insoweit sei sich der Beirat einig. Er äußert jedoch Unverständnis darüber, welchen konkreten Nutzen ein entsprechender Antrag des Beirates in dieser Angelegenheit haben solle. Maßgeblich seien hierbei insbesondere die Höhe der Zuzugszahlen sowie die Anzahl der verfügbaren Wohnungen. Bremen schneide im bundesweiten Vergleich im Hinblick auf Bautätigkeit und Sozialwohnungsquote zwar deutlich besser ab als andere Bundesländer, jedoch bestehe weiterhin Verbesserungspotenzial. Dies würde er gerne in einem weiteren, auf den Baubereich bezogenen Antrag unterstützen; im Rahmen des vorliegenden Bauantrags halte er dies jedoch für nicht für passend.

Jens Dennhardt ist der Auffassung, dass sich die Notwendigkeit eines zusätzlichen Antrags erübrigt habe. Aus seiner Sicht hätten Dr. Petra Kodré und Kai Bogner verdeutlicht, dass sich die Beteiligten engagiert darum bemühen, den Bewohnerinnen und Bewohnern bei der Wohnungssuche zu helfen und sie zu motivieren, aus den Wohnheimen auszuziehen. Einen solchen Antrag zu formulieren, würde seiner Einschätzung nach zugleich einem Misstrauensantrag gegenüber den in der Einrichtung tätigen Personen gleichkommen, die sich dort um eine erfolgreiche Unterbringung bemühen. Einigkeit bestehe im Beirat darüber, dass Bremen mehr Wohnungen und insbesondere mehr sozialen Wohnungsbau benötigt.

Ralf Bohr hält den Antrag für weitgehend entbehrlich. Seiner Auffassung nach bestehen bereits ausreichend Maßnahmen, um den Bewohnerinnen und Bewohnern den Auszug aus den Wohnheimen zu erleichtern. Dass einzelne Familien oder Personen zunächst noch im Wohnheim verbleiben möchten, sei aus seiner Sicht kein hinreichender Grund, dort über Jahre hinweg zu wohnen. Ein Antrag dieser Art habe zudem stets einen gewissen negativen Beigeschmack, da er den Eindruck erwecke, man wolle die Bewohnerinnen und Bewohner aus den Einrichtungen drängen. Er sehe es nicht als Aufgabe des Beirates an, Anträge mit

dem Ziel zu stellen, die Menschen möglichst schnell aus den Flüchtlingsunterkünften zu bringen. Ralf Bohr verweist ferner darauf, dass im gestrigen Geschäftsführungsausschuss vereinbart worden sei, einen weiteren Ortstermin im Übergangwohnheim durchzuführen, um das Thema dort eingehend zu erörtern. Er schlägt daher vor, das Thema an den Fachausschuss zu überweisen und in der heutigen Sitzung ausschließlich über den Bauantrag abzustimmen.

Yunas Kaya betont erneut, dass die beiden Themen voneinander zu trennen seien und es sich um zwei eigenständige Anträge handle. Der erste Antrag betreffe den Bauantrag, dem die CDU-Fraktion in jedem Fall zustimmen werde. Im zweiten Antrag gehe es hingegen um die Frage des menschenwürdigen Wohnens sowie um die Dauer des Aufenthaltes der Bewohnerinnen und Bewohner im Übergangwohnheim.

Jörn Hermening erläutert, dass es sich um die Abgabe einer Stellungnahme zu einem Bauantrag handelt. Er weist darauf hin, dass Beratungen und Abstimmungen zu Bauanträgen grundsätzlich nichtöffentlich erfolgen, der Antragsteller jedoch einer öffentlichen Beratung zugestimmt habe.

Jörn Hermening lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag: Der Beirat Hemelingen stimmt dem eingereichten Bauantrag und somit der Verlängerung des Grünen Dorfes zu.

Stellungnahme: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Uwe Jahn stellt den Antrag, das weitere Thema Übergangwohnheim in den Sozialausschuss zu verweisen.

Jörn Hermening lässt über den Verweis in den Sozialausschuss abstimmen:

Stellungnahme: Zustimmung (10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 5: Zusammenlegung Sozialzentren

Dr. Petra Kodré berichtet wie folgt:

Das Amt für soziale Dienste hat vor etwa einem Jahr eine Organisationsuntersuchung in Auftrag gegeben. Das Amt ist eine umfangreiche Behörde, die sowohl das Jugendamt als auch das Sozialamt sowie sechs Sozialzentren umfasst. In der Vergangenheit traten mitunter Schwierigkeiten bei der zügigen Bearbeitung von Anträgen auf. Zudem bestehen Probleme bei der Rückforderung von Leistungen, beispielsweise beim Unterhaltsvorschuss.

Ergebnisse, die eine Zusammenlegung von Sozialzentren vorsehen, liegen bislang nicht vor. Derzeit ist die Bestandsaufnahme abgeschlossen; in den kommenden Wochen wird diese abschließend erörtert. Nach der Sommerpause ist eine erneute Besprechung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorgesehen.

Gegenstand der Untersuchung sind grundlegende Fragen, etwa welche Dienstleistungen weiterhin dezentral angeboten werden sollen, welche Aufgaben sich besser für eine zentrale Bündelung eignen und wie die interne Organisation künftig gestaltet werden soll. Es ist sichergestellt, dass das Dienstleistungsangebot auch künftig im gesamten Stadtgebiet präsent sein wird, wenngleich nicht alle Angebote an jedem Standort verfügbar sein werden. Wie die konkrete Ausgestaltung letztlich aussehen wird, lässt sich derzeit noch nicht

abschließend sagen. Wesentliches Ziel ist es, die Servicequalität für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Im Bereich der Digitalisierung sind derzeit erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Auch die Standortfrage wird in diesem Zusammenhang berücksichtigt.

Jörn Hermening merkt abschließend an, dass der Stadtteil Hemelingen bereits die Größe einer mittelgroßen Stadt erreicht habe und weiter wachse. Daher sei es aus seiner Sicht wichtig, dort einen eigenen Standort zu erhalten. Der Beirat werde das Thema zu gegebener Zeit erneut aufgreifen.

TOP 5: Aktueller Sachstand Jugendhaus Hemelingen

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Petra Putzer vom Amt für soziale Dienste anwesend.

Petra Putzer berichtet:

- Im Anschluss an die letzte Beiratssitzung fand ein klärendes Gespräch mit der senatorischen Behörde sowie dem bisherigen Träger statt. Im Rahmen dieses Treffens wurde die einvernehmliche Einigung erzielt einen Aufhebungsvertrag zu unterzeichnen.
- Im Vorfeld fand bereits ein internes Gespräch mit den Mitarbeitenden des Trägers statt.
- Wie zuvor im Gremium beschlossen, tagte der Controllingausschuss außerplanmäßig zu diesem Thema. In dieser Sitzung wurden sowohl die Kriterien für die Neuausschreibung als auch ein zeitlicher Fahrplan für das weitere Verfahren abgestimmt und beschlossen.
- Die Ausschreibung wurde bereits veröffentlicht und heute endet die Bewerbungsfrist.
- Der weitere Fahrplan sieht vor, dass in der ersten Juliwoche eine Entscheidung über die Trägervergabe getroffen wird.
- Das Auswahlverfahren wird gemeinsam mit dem Controllingausschuss an zwei Tagen durchgeführt.
- Das Ziel ist es, einen neuen Träger zu finden, mit dem eine konstruktive und verlässliche Zusammenarbeit möglich ist – idealerweise aufbauend auf den positiven Elementen der bisherigen Arbeit, aber auch unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen.
- Das Interesse ist groß. Es sind mehrere Bewerbungen eingegangen, darunter auch Zusammenschlüsse verschiedener Interessenten. Die Unterlagen werden morgen geöffnet und ausgewertet.
- Parallel dazu findet am morgigen Freitag ein Übergabetermin mit Immobilien Bremen und dem bisherigen Träger statt, bei dem die Abnahme des Jugendhauses erfolgen soll. Der vollständige Auszug ist für den 30. dieses Monats geplant.
- Um zu verhindern, dass während der Sommerferien nichts passiert, wurde ein Konzept entwickelt. Dieses sieht vor, eine Ferienprogramm-Ausschreibung im Rahmen des Arbeitskreises Jugend durchzuführen. Das Angebot wurde dem Controllingausschuss vorgelegt und dort bereits beschlossen.
- Das Ferienprogramm soll unter Federführung des Trägers „Kinder- und Jugendvision“ umgesetzt werden, der dabei mit verschiedenen weiteren Einrichtungen kooperiert – unter anderem mit dem Sportgarten, dem Mädchentreff, dem Mobile sowie der Stadtteilstiftung. Es handelt sich um ein breit gefächertes Angebot für die Jugendlichen im Stadtteil.
- Ursprünglich war geplant, das Jugendhaus auch während der Ferien für Programmpunkte zu nutzen. Aktuell bestehen jedoch noch ungeklärte Fragen

hinsichtlich der Versicherung sowie der Verantwortung für die Nutzung der Räume. Vorerst konzentrieren sich die Angebote daher auf Angebote außerhalb des Hauses.

- Insgesamt ist Petra Putzer optimistisch, den Übergang erfolgreich zu gestalten und dass sie ab dem 1. September mit einem neuen Träger und einem gestärkten Konzept starten werden.

Reinhard Zwilling stellt den Antrag, dass der neue Träger aufgefordert wird, die Mitarbeiter möglichst zu übernehmen.

Elisabeth Laß bemerkt, dass der Beirat keine unmittelbare Einflussnahme auf Personalentscheidungen nehmen darf. Gleichwohl steht ihm als stimmberechtigtes Mitglied im Controllingausschuss ein legitimes Instrument der Mitwirkung zur Verfügung: Im Rahmen des Auswahlverfahrens zur Vergabe der Trägerschaft besteht die Möglichkeit, die Qualität und Zusammensetzung des eingesetzten Personals als Kriterium bei der Bewertung der Bewerbungen zu berücksichtigen. Diese Vorgehensweise bietet eine ausgewogene Möglichkeit, die Verantwortung des Beirats als Gremium wahrzunehmen und zugleich die rechtlichen Rahmenbedingungen zu achten.

Reinhard Zwilling schließt sich dem Vorschlag von Elisabeth Laß an.

Yunas Kaya unterstützt das Gesagte und lobt die gute Zusammenarbeit mit Petra Putzer und dem Controllingausschuss. Der Beirat handelt in seinen Beschlüssen immer wieder als Kollektiv zugunsten der Kinder und Jugendlichen.

Jörn Hermening fasst zusammen, dass der Antrag in einen Appell an die Beiratsvertreter:innen im Controllingausschuss abgeändert worden ist. Dieser braucht nicht abgestimmt werden.

Das Ortsamt gibt ihn an Berfin Atac und Kirsten Almstadt als Vertreter:innen im Controllingausschuss weiter.

TOP 7: Bezirkssportanlage

Henning Schnaars von Immobilien Bremen erläutert, dass die Senatskanzlei gemeinsam mit dem Sportressort als Auftraggeber für die umfassende Kernsanierung des Gebäudes fungiert. Die Planungsphase befindet sich in vollem Gange und soll bis zum nächsten Haushaltsbeschluss abgeschlossen sein. Mit der Haushaltsfreigabe werde auch der Startschuss für die Umsetzung der Maßnahme erwartet, da eine erhebliche Bundesförderung vorliegt. Der Baubeginn ist – nach Abschluss der Genehmigungs- und Ausführungsplanung – für Mitte 2026 vorgesehen, die Bauzeit wird auf rund 18 Monate veranschlagt, sodass die Fertigstellung Ende 2027 erfolgen soll. Der Zeitplan wird derzeit eingehalten.

Monika Duncan betont, dass besonderer Wert auf Barrierefreiheit gelegt werde. Hierzu zählen u. a. der Einbau einer Ausziehtribüne, die barrierefreie Gestaltung einer Dusche im Erdgeschoss sowie die Modernisierung der Sanitäranlagen in Form eines geschlechterneutralen Waschräumkonzepts. Die Nutzer – insbesondere Sportvereine – sind aktiv in den Planungsprozess eingebunden. Durch den Ersatz veralteter Technik entstehen zusätzliche Flächen, die künftig beispielsweise als Geräteraum genutzt werden können.

Für die schulische Nutzung, insbesondere durch die nahegelegene Wilhelm-Olbers-Schule, sind weitere Anpassungen in Prüfung, etwa die Teilung der Halle durch einen Trennvorhang oder eine erweiterte Sportausstattung.

Auf Nachfrage führt Henning Schnaars aus, dass auch umfangreiche energetische Maßnahmen vorgesehen sind: Fassadendämmung (Einblasdämmung), Dämmung von Dach und Außenwänden, Austausch der Fenster, Installation einer Wärmepumpe für Heizung und Warmwasser, Modernisierung der Lüftungsanlage sowie die mögliche Errichtung einer Photovoltaikanlage.

Bezüglich der Außenanlagen erklärt Monika Duncan, dass die bestehende Bezirkssportanlage über einen Kunstrasenplatz verfügt, der noch in gutem Zustand ist, jedoch nicht den modernsten Standard erfüllt. Für höherklassige Spielmöglichkeiten (z.B. Regionalliga) müssten die Vereine selbst aufkommen; das Sportamt stellt Anlagen im Standard der Bremen-Liga bereit und unterstützt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Auf Nachfrage zur Leichtathletik erläutert Monika Duncan, dass im Osten Bremens mit der Anlage Schevemoor eine voll ausgestattete B-Leichtathletikanlage vorhanden ist. Höherwertige Anlagen (z.B. für bundesweite Wettkämpfe) bestehen auf Platz 11, in Obervieland und im Burgwall-Stadion in Blumenthal. Der Ausbau weiterer Anlagen scheitert derzeit an fehlenden finanziellen Mitteln, da allein ein moderner Rundlauf Kosten von bis zu 1,7 Mio. € verursache, während der Jahresetat für alle Sportanlagen bei rund 1,47 Mio. € liege.

Jörn Hermening sicherte zu, den Beirat erneut zu informieren, sobald die Planungen einen konkreteren Stand erreicht haben. Nach Aussage von Henning Schnaars ist dies im Herbst zu erwarten.

TOP 8: Beiratsverschiedenes

Gehäusekästen - Beschlussvorschlag aus dem FA Bau vom 20.05.2025

Beschlussvorschlag:

Das ASV wird aufgefordert, den Beirat auch zukünftig im Verfahren wie bisher (mit Bildern der Standorte) zu beteiligen. In der Vergangenheit konnten durch die Beteiligung unter Anderem kritische Stellen vom Beirat benannt werden, die dann auch zu veränderten Standorten geführt haben. Dadurch wurden wichtige Sichtachsen für Fußgänger:innen erhalten und eine unzumutbare Verengung von Gehwegen verhindert.

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Beschlussvorschlag Sanierung Küche und Hauptgebäude sowie Kita-Neubau Osterhop:

Der Beirat Hemelingen fordert eine zeitnahe Sanierung des KUFZ Osterhop sowie einen Ersatzneubau für die Container, die Senatorin für Kinder und Bildung soll dazu einen Zeitplan vorlegen. Als erster Schritt sollte die Vollküche der Kita den aktuellen Anforderungen entsprechend umgebaut werden.

Stellungnahme: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Verlängerung Rad- und Fußwegeverbindung Wilhelm-Wolters-Straße

Der Beirat Hemelingen vergibt 9.000 € aus seinem Verkehrsbudget für den Lückenschluss der Rad- und Fußverbindung zwischen Wilhelm-Wolters-Straße und Heufeldfleet und widmet

damit einen Teil der bereits für den Buchweizenweg in unmittelbarer Nachbarschaft vergebenen Mittel um.

Zur Erläuterung: Die Maßnahme Buchweizenweg/ Im Holter Feld konnte aus anderen Fördergeldern realisiert werden.

Stellungnahme: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Antrag der SPD-Fraktion an den Beirat Hemelingen: Durchführung des Modellversuchs „Pfleger im Quartier“ im Stadtteil Hemelingen

Zunächst Abstimmung über die Dringlichkeit:

Abstimmung: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Damit ist die Dringlichkeit beschlossen.

Jens Dennhardt erläutert den Antrag:

Der Beirat Hemelingen bittet die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz zu prüfen, ob der geplante Modellversuch „Pfleger im Quartier“ im Stadtteil Hemelingen durchgeführt werden kann.

Begründung:

- Die Stadt Bremen plant spätestens 2026 ein Modellprojekt zur „Pfleger im Quartier“ zu starten.

Ziel ist es, eine/n Quartierskoordinator/in (Community Health Nurse) einzusetzen, die/der vorhandene Pflegeteiler und Einrichtungen vernetzt, Angebotslücken erkennt und als Lotse für Betroffene und Angehörige dient. Ein besonderer Fokus soll auf Demenzerkrankungen und der Entlastung pflegender Angehöriger liegen.

- Die Finanzierung ist durch eine anteilige Förderung der Pflegetassen und eine Kofinanzierung Bremens gesichert. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert, um innovative Versorgungsstrukturen zu schaffen und die Lebensqualität sowie Selbstständigkeit pflegeteedürftiger Menschen im Quartier zu stärken.

- Hemelingen bietet als vielfältiger und wachsender Stadtteil mit bereits bestehenden sozialen Strukturen und Herausforderungen im Bereich Pflege eine ideale Basis für das Modellprojekt. Eine Umsetzung in Hemelingen würde die Versorgungslage vor Ort verbessern und könnte als Vorbild für andere Quartiere dienen.

Stellungnahme: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Umbesetzung der SPD im Ausschuss ULG

Die SPD-Fraktion teilt mit: Susanne Alm und Daniel Thiersch scheiden aus, Berfin Atac und Conny Schelter rücken nach.

Jörn Hermening verkündet, die Radpremiumroute wird einen Lückenschluss mit Achim bekommen, das ASV hat den Auftrag bekommen, wahrscheinlich wird es sogar eine gemeinsame Baumaßnahme mit Achim mit Anschluss an „Im Glühmoor“ – Umsetzung voraussichtlich 2026

Nächste Beiratssitzung

Die nächste Beiratssitzung soll am 21.08.2025 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Hemelingen stattfinden.

Geplante Themen:

- Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen
- Aktueller Sachstand Zeppelin-Tunnel

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Jahn
Beiratssprecher

gez. Liedtke
Protokoll